

Kriminalprävention in Schwäbisch Gmünd

Dieter Schädel
Dezernent für die Rechts-, Ordnungs- und Sozialverwaltung
Schwäbisch Gmünd

Vorbemerkung

Politik auf allen Ebenen wird immer kurzsichtiger. Langfristiges Planen und behutsames Gegensteuern am Beginn negativer Entwicklungen werden seltener. Der spektakuläre Feuerwehreinsatz, wenn das Haus lichterloh brennt, ist populärer als vorbeugender Brandschutz.

In Zeiten geringer finanzieller und personeller Ressourcen ist es schwierig, präventive Maßnahmen anerkannt zu bekommen und in die Tat umzusetzen. Das Argument, Jugendgefängnis sei teurer als Jugendhaus, wird mit dem Argument erwidert, es handle sich aber um einen anderen Kostenträger.

Allen präventiven Maßnahmen in Schwäbisch Gmünd war gemeinsam, daß Grundsatzdiskussionen vermieden wurden. Wir haben uns darauf beschränkt, diejenigen Entscheidungen, die unsere Befugnisse überstiegen, als plausible Einzelschritte im Gemeinderat zur Entscheidung zu stellen und bekamen unsere Anträge dann durch. Wir sind also nach der Devise verfahren: "Handeln, nicht reden".

1. "Aktion Sichere Stadt"

Angeregt wurde ich durch Referate anlässlich des 40jährigen Bestehens des Landeskriminalamts Baden-Württemberg sowie durch eine Tagung des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIFU) in Berlin im April 1995. Außer der örtlichen Kriminalstatistik hatten und haben wir keine wissen-

schaftlichen Hilfen oder theoretische örtliche Vorarbeiten. Wir gingen in die Aktion im September 1995 extrem pragmatisch hinein.

Wir klopften bei der Polizeidirektion an, fanden dort offene Türen und holten die Zustimmung des Innenministeriums für die Polizeidirektion ein, da unsere Stadt und unsere Polizeidirektion ja nicht zu den auserwählten baden-württembergischen Modellbereichen zählen. Wir waren uns schnell einig, daß die Stadt die Federführung übernimmt, da sie aufgrund ihres Tätigkeitsbereichs mehr direkte Kontakte mit den für eine Zusammenarbeit erforderlichen gesellschaftlichen Gruppen in der Stadt hat.

Wir gründeten einen **Lenkungsausschuß**, bestehend aus Vertretern der Polizeidirektion, des örtlichen Polizeireviere und der Kriminalaußenstelle. Als Leiter eines Dezernats bei der Stadtverwaltung bin ich Leiter des Lenkungsausschusses, unterstützt von den Leitern des Ordnungsamts und des Sozialamts, die zu meinem Dezernat gehören. Die oft gehörte Meinung, der jeweilige Oberbürgermeister müsse die Kriminalprävention zur Chefsache machen, gilt meines Erachtens nur dann, wenn dieser die Zeit und das persönliche Engagement dafür hat.

Wir bildeten **drei Arbeitsgruppen**, in denen außer den Vertretern der Polizei und der Stadtverwaltung Leute aus "einschlägigen" Berufsgruppen vertreten sind.

- "Sicher Wohnen", insbesondere unterstützt von Vertretern der Architekten,
- "Sichere Wege", mit Mitarbeit der Stadtwerke (Beleuchtung!), der Frauenbeauftragten, des Städtischen Planungsamts und der Stadtgärtnerei,
- "Ladendiebstahl", mit Vertretern des Handels, mit dem Ausländerbeauftragten und der Stadtjugendpflegerin.

Die Arbeitsgruppen umfassen jeweils insgesamt 7 - 10 Personen. Den Vorsitz führt jeweils ein Fachmann, der nicht aus der Polizei oder der Stadtverwaltung kommt. Die Geschäftsführung hat der Leiter des Ordnungsamts, der, wie gesagt, auch Mitglied des Lenkungsausschusses ist.

In der Arbeitsgruppe "Sicher Wohnen" wurden Hinweise erarbeitet und veröffentlicht, wie der Wohnbereich durch technische Mittel und durch nachbarliche Aufmerksamkeit geschützt werden kann. In einer Aktion "Dunkelmänner" wurden verstärkt uniformierte und zivile Polizeistreifen in den am meisten gefährdeten Herbstmonaten organisiert. In einem konkreten Wohngebiet wurden in Anwesenheit der Medien Beispiele guter und schlechter Sicherung dargestellt. Im April 1996 fand eine Veranstaltung mit Vorträgen, mit Anschauungsmaterial und Vorführungen statt, die sich vor allem an Architekten, Handwerker und Bauherren richtete. Im Jahr 1997 ist eine Sicherheitsmesse im Tagungszentrum Stadtgarten geplant.

Die Arbeitsgruppe "Sichere Wege" untersuchte sogenannte Angsträume, kümmerte sich um die Verbesserung der Straßenbeleuchtung, erstellte eine Mängelliste für die Parkhäuser und besprach sie mit den Betreibern, bewirkte, daß sich hemmende Bäume und Sträucher an vielbegangenen Wegen geschnitten wurden, veranlaßte den Umbau einer Unterführung und untersuchte Verbesserungsmöglichkeiten für die Sicherheit im Bereich öffentlicher Toiletten. Außer den Mitgliedern der Arbeitsgruppe selbst wurden z. B. auch die im Stadtseniorenrat vertretenen, in der Altenarbeit tätigen Organisationen einbezogen. Die Mitwirkung bei der Bauleitplanung ist gewährleistet.

Die Arbeitsgruppe "Ladendiebstahl" initiierte ein Weiterbildungsseminar von ehrenamtlichen Helfern in offenen Jugendtreffs, die der Jugendsachbearbeiter der Polizei leitete. In den Schulen finden diverse Veranstaltungen mit diesem Thema statt. Der Schüलगemeinderat hat das Thema diskutiert, und eine Malaktion soll das Bewußtsein schärfen, daß diese Deliktart letztlich nicht (nur) den Ladeninhaber, sondern über die Preiskalkulation alle Verbraucher schädigt.

Außerdem wurden Wege für eine verbesserte elektronische Sicherung von Waren erörtert.

In dieser Arbeitsgruppe erweist es sich als besonders schwierig, zu konkreten Fortschritten zu kommen.

Wir beabsichtigen natürlich, die genannten drei Arbeitsgruppen als langfristige Instrumente weiterzuführen, um objektive Verbesserungen zu erreichen und um einer übertriebenen Kriminalitätsfurcht entgegenzuwirken. Auffällig ist, daß nicht nur die Mitwirkenden aus dem öffentlichen Dienst - wie üblich - hoch motiviert sind. Überraschend großes Engagement erleben wir auch bei den Vertretern von außerhalb. So finden sich selbst Kaufhaus-Manager morgens um 8.00 Uhr zu den turnusmäßigen Sitzungen der Arbeitsgruppen ein und arbeiten sehr aktiv mit.

Bewährt hat sich die Funktion des Geschäftsführers, der die Tätigkeit der Arbeitsgruppen inspirierend begleitet und die Verbindung zum koordinierenden Lenkungsausschuß herstellt.

Die Berichte der Presse und des lokalen Rundfunks waren bisher sehr positiv. Auch aus der Bürgerschaft kamen nur positive Reaktionen. Besonders amüsiert hat mich eine ältere Dame, die mir die Lektüre eines ihr sehr lesenswert erscheinenden Zeitungsartikels empfahl, ohne zu wissen, daß ich dessen Initiator war.

In der örtlichen Pädagogischen Hochschule gab es im Rahmen der Reihe "Treffpunkt Politik" eine gut besuchte Veranstaltung mit dem Thema "Aktion Sichere Stadt".

Die bisher bestehenden drei Arbeitsgruppen im Rahmen unserer "Aktion Sichere Stadt" decken natürlich nicht den Gesamtbereich möglicher Kriminal- und Problemprävention ab.

Drei weitere Bereiche, die anders organisiert sind, versuche ich im folgenden darzustellen:

2. "Runder Tisch" im Problemgebiet Hardt-Nord

1991 wurden nahe der Innenstadt 300 Wohnungen frei, die vorher von Offiziersfamilien der Pershing II-Garnison in Schwäbisch Gmünd bewohnt worden waren. Die Städtische Wohnungsbaugesellschaft VGW mietete zunächst diese Wohnungen; inzwischen wurden sie gekauft. Fast

1000 Menschen mit insgesamt 20 Muttersprachen wohnen in diesem Bereich, vor allem Aussiedler und Ausländer. Deutsch als Muttersprache ist weit unterproportional vertreten. Von Anfang an gab es vor allem folgende Probleme:

- mangelnder Kontakt der Bewohner untereinander,
- Familienstreitigkeiten,
- Nachbarstreitigkeiten,
- Vandalismus,
- Drogen,
- Prostitution.

Die beiden letztgenannten Erscheinungen wurden vor allem durch die ca. 850 Asylbewerber der gegenüberliegenden Sammelunterkunft in das Wohngebiet hineingetragen.

Im Dezember 1992 fand auf Anregung der VGW zur Bewältigung der Probleme ein Gespräch mit allen in Betracht kommenden Institutionen statt, das von Professor Dr. Wolfgang Hinte, Gesamthochschule Essen, beraten wurde. Folgende Maßnahmen wurden vereinbart und verwirklicht:

- Sprechstunden des Sozialamts im Wohngebiet an einem bestimmten Vormittag,
- Einführung eines "Runden Tisches", der drei- bis viermal jährlich tagt,
- Gründung eines Mietervereins,
- Kernzeitbetreuung an der Schule,
- Hort an der Schule,
- Veranstaltung von Festen durch die engagierten Leiter/Leiterinnen, Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen der Schulen und des Kindergartens,
- Ausbau zweier Untergeschoßräume (mit Tageslicht) durch die VGW, zum Teil mit Eigenarbeit der Jugendlichen, als Treffpunkt,
- Einstellung eines Sozialarbeiters in kirchlicher Trägerschaft, unterstützt durch eine Erzieherin im Anerkennungsjahr und seit kurzem durch eine ABM-Kraft. Die Personalkosten werden im wesentlichen vom Landkreis und von der Stadt getragen,

- wiederholte Vorstöße beim Innenministerium und Regierungspräsidium mit dem Ziel, in der Asylbewerber-Sammelunterkunft eine verstärkte Überwachung einerseits und Betreuung andererseits zu erreichen.

Die Drogenprobleme und die Prostitution konnten durch Maßnahmen, die in der Asylbewerberunterkunft ansetzten, im wesentlichen bewältigt werden. Das Zusammenwachsen im Wohngebiet geht mit kleinen Schritten voran. Es zeigt sich, daß außer den in der Sozialarbeit Beschäftigten vor allem Kindergarten und Schule eine wichtige Integrationsfunktion wahrnehmen.

Um das Ansehen des Wohngebiets zu heben und um Mieter auch durchschnittlicher und überdurchschnittlicher Bildungs- und Einkommensverhältnisse im dortigen Bereich zu halten, wurden die Außenbereiche mit erheblichem Aufwand umgestaltet. Ein Stadtteilstift im Rahmen der Jubiläen mit den ausländischen Partnerstädten Gmünds ist im Wohngebiet geplant, da dessen Straßen nach diesen Partnerstädten benannt sind. Da nur 13% der Bewohner eine Tageszeitung abonniert haben, erscheint eine von den Sozialarbeitern herausgegebene Stadtteilzeitung.

Mit großer Mühe konnte ein türkischer Geschäftsmann gefunden werden, der in den Räumen des ehemals amerikanischen PX-Ladens ein breites Sortiment an Lebensmitteln und Nonfood bazarartig anbietet.

Es deutet einiges darauf hin, daß die schlimmsten Auswüchse des Vandalismus inzwischen überwunden sind.

Für die Kinder- und Jugendkriminalität - vom Diebstahl bis zur räuberischen Erpressung Gleichaltriger - war es sozusagen ein symbolischer Schlag, als die Kristallisationsfigur in die U-Haft übersiedelte.

Zur Abrundung möchte ich noch erwähnen, daß es außer Hardt/Nord und außer dem zentralen städtischen Jugendhaus (mit integrierter Beratungsstelle) zwei weitere hauptamtlich betreute Jugendtreffs in Problemgebieten und vier ehrenamtlich geführte, zum Teil hauptamtlich ge-

stützte Treffs in weiteren Stadtteilen gibt. Die Stadt finanziert einen vom Stadtjugendring angestellten Streetworker.

3. "Gemeinsam gegen Sucht und Gewalt"

Im Frühjahr 1993 hatten wir Aktionswochen mit dem Titel: "Was heißt hier Sucht? - Gesundheit und Suchtgefahren" organisiert. Sie waren mit einer Talk-Runde "Die legale Sucht" eröffnet worden und umfaßten Ausstellungen und Info-Stände, Vorträge, Gottesdienste, Theatervorführungen, Kleinkunstabende und eine Disco "Mit Wucht gegen Sucht". Unter anderem beteiligten sich die Krankenkassen, Gesundheitsamt und Ärzte, Selbsthilfegruppen, das Landeskriminalamt, die Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung und das Sozialministerium. Über alles Erwarten stark war die Bereitschaft der Schulen und Jugendorganisationen, das Thema durch eigene Aktionen aufzugreifen.

Die guten Erfahrungen mit diesen Aktionswochen, die von den Medien übrigens außergewöhnlich intensiv gewürdigt wurden, haben unser Sozialamt ermutigt, für den Herbst 1996 eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel "Gemeinsam gegen Sucht und Gewalt" zu organisieren. Außer den Organisationen, die bereits vor drei Jahren mitgewirkt hatten, werden Kindergärten, Sportvereine, das Frauenhaus, der Kinderschutzbund, die Aids-Hilfe und das Landesamt für Verfassungsschutz mitwirken. Insgesamt sind es ca. 35 Institutionen.

Insbesondere ist daran gedacht, Multiplikatoren, beispielsweise auch Arbeitgeber, anzusprechen. Nach dem Motto

- Stark statt süchtig
- Selbstbewußt statt aggressiv

sind relativ viele Veranstaltungen geplant, die das aktive Mitwirken des Publikums bei Rollenspielen, Workshops, spielerischen und sportlichen Aktivitäten und Seminaren vorsehen. Ausländische Eltern sollen durch spezielle Veranstaltungen einbezogen werden. Das Gerüst des Programms mit insgesamt ca. 50 Veranstaltungen steht. An Einzelheiten wird derzeit gearbeitet.

"Das Gute - dieser Satz steht fest - ist stets das Böse, was man läßt", reimte Wilhelm Busch. Wieviel an Gutem in diesem Sinn wir durch das Bekämpfen von Sucht und Gewalt mit dieser Veranstaltungsreihe bewirken, ist natürlich nicht nachzählbar und nachweisbar. Eines ist aber sicher: Wenn wir nichts tun, gehen negative Entwicklungen weiter.

4. Zusammenarbeit mit türkischen Organisationen

Aufgrund einer Information über Jugendkriminalität in Schwäbisch Gmünd, die die Polizeidirektion und der Jugendsachbearbeiter des Polizeireviere in einer gemeinsamen Sitzung des Sozialausschusses und des Ausländerbeirats gaben, erklärten sich die türkischen Vertreter spontan bereit, mit Polizei und Stadtverwaltung eng zusammenzuarbeiten. 6% der Gmünder sind Türken, und die Kriminalität bei jungen männlichen Türken ist überproportional hoch.

Durch Vermittlung der Ausländerbeiräte und des städtischen Ausländerbeauftragten wurden zwischen Polizei und türkischen Vereinen Informationsveranstaltungen vor allem für Eltern vereinbart. Dadurch sollen insbesondere Berührungspunkte zwischen Polizei und türkischen Eltern abgebaut werden. Außerdem sollen die Eltern über Brennpunkte jugendlicher Cliques, von denen Regelwidrigkeiten verschiedener Art ausgehen, unterrichtet werden. Zwei dieser Veranstaltungen mit jeweils ca. 60 Zuhörern haben bereits stattgefunden. Beide dauerten wegen sehr lebhafter und langer Diskussionen fast vier Stunden. Weitere solche Veranstaltungen sind geplant.

Derzeit bemühen sich zwei türkische Vereine um den Aufbau einer offenen Jugendarbeit für Türken und andere Nationalitäten in räumlicher Anlehnung an bestehende Vereinszentren.

Schlußbemerkung

Wir hoffen, daß unsere präventiven Bemühungen beim einen oder anderen Initialzündung für eine Bewußtseinsstärkung oder Bewußtseins-

änderung sind. Wir verstehen uns als Werber für soziales Verhalten und als Koordinatoren derer, die bereit sind, sich für eine gute Sache einzusetzen.

Sie sehen, wir haben für verschiedene Aufgaben durchaus verschiedene Organisationsformen. Ob man diese irgendwann zusammenführt, ist daran zu bemessen, ob's der Sache nützt.

Mir scheint entscheidend, daß ein Organisationsgrad ausreicht, wenn die Frage beantwortet werden kann: "Wer macht wann was wo?". Alles andere ist organisatorischer Selbstzweck.